



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Vom Abgeordnetentag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Campagne von 1812 sollte sich sein Schicksal erfüllen. Für diese Katastrophe eines deutschen Offizierlebens wird in dem nächsten Hest noch einmal die Theilnahme der Leser erbeten.

Vom Abgeordnetentag.

Viel ist vor Zusammentritt des Abgeordnetentages darüber gestritten worden, ob man ihn überhaupt abhalten solle; jetzt, nachdem er beendet ist, ist alle Welt darüber einig, daß er in dieser Form abgehalten jedenfalls ein verunglücktes Experiment war. Aber wen trifft die Schuld dieses Mißlingens? Der Süden beschuldigt den Norden, daß er der Uebelthäter sei. Die Preußen, sagte der Berichterstatter, Abgeordneter Bölk aus Bayern, hätten grade in diesem Augenblick nicht in dieser Weise handeln sollen. Sie verletzten durch ihr Nichterscheinen ein Gebot der politischen Schicklichkeit. Sie handelten nicht gegen die Macht und Zukunft ihres Vaterlandes, wenn sie hierherkamen und offen auch hier ihre Opposition gegen das gewaltsame Vorgehen ihrer Regierung in den Herzogthümern erklärten. Von den preussischen Abgeordneten sind bekanntlich verschiedene Erklärungen ergangen, die eigenthümlicherweise Seitens des Präsidiums nicht zur Kenntniß der Versammlung gebracht wurden, obwohl es vielleicht ebenfalls als ein Gebot der politischen Schicklichkeit betrachtet werden konnte, auch die Vertheidigung der angegriffenen Seite zuzulassen, und dies um so mehr, als das Einladungsschreiben der geschäftsleitenden Commission in seltsamster Form im Voraus eine Censur über die der Einladung nicht Folge Gebenden hatte ergehen lassen.

Die Erklärungen der preussischen Abgeordneten motiviren das Nichterscheinen in wesentlich übereinstimmender Weise, und noch mehr wie in den angeführten Gründen stimmen sie in dem Gefühl überein, aus dem sie hervorgegangen, daß preussischerseits nicht dazu beigetragen werden könne, die Bedeutung einer wesentlich particularistischen, antipreussischen Demonstration durch Theilnahme, sei es auch durch protestirende Theilnahme, zu erhöhen. Man kann fragen — und von manchen dem preussischen Standpunkt nicht allzufern stehenden Seiten ist so gefragt worden — warum nicht in geschlossenen Reihen erscheinen, warum nicht den Versuch machen, ein wirksames Gegenge-

wicht zu bilden, warum nicht die Anschauungen der preußischen Liberalen correct formuliren und schlimmsten Falls in einem Minoritätsvotum niederlegen, dem die innere Bedeutung und der Ursprungsort ersetzt haben würde, was ihm an Stimmenzahl etwa abgegangen wäre? Diese berechtigt scheinende Frage war im Voraus beantwortet durch das Verhalten des preußischen Abgeordnetenhauses während der letzten Session. Das Abgeordnetenhaus hatte bekanntlich im Juni, als es infolge der Marine- und der Kriegskostenvorlage der Regierung mit der schleswig-holsteinischen Frage befaßt wurde, alle Resolutionen abgelehnt. Es hatte schließlich auch die vermittelnde Resolution des Abgeordneten Michaelis verworfen, welche gleichwohl die in der Majorität überwiegende Meinung am correctesten ausdrückte, daß die Constituirung eines selbständigen Schleswig-Holstein nur unter bestimmten, dem preußischen Interesse entsprechenden Bedingungen erfolgen dürfe, und es hatte dabei unter dem vorwiegenden Gefühl gehandelt, daß es sich nicht für Zwecke engagiren dürfe, wo Mittel und Wege seiner Mitwirkung entgegen und seiner Controle entrückt seien.

Wir gehören durchaus nicht zu den Bewunderern dieser Abstinenz-Politik, wir glauben, daß eine Volksvertretung von der Bedeutung der preußischen ihre Machtposition verkennt, wenn sie über Fragen von vitalem Interesse ein Stillschweigen beobachten zu dürfen glaubt; allein offenbar war die Schwierigkeit für die preußischen Abgeordneten groß und wenn sie nicht nach Wunsch überwunden wurde, so berechtigte die darin offenbarte Schwäche noch nicht zu der Annahme, daß die preußische Volkspartei sich nunmehr von den particularistischen Tendenzen der Mittel- und Kleinstaaten ins Schlepptau nehmen lassen würde.

Im Süden Deutschlands hatte man anders gerechnet. Hier erinnerte man sich der Rede Simsons, welcher die Annexion der Herzogthümer Giftheeren statt Früchte gescholten hatte, hier ließ man sich von der „Rheinischen Zeitung“ über die Stimmung in Preußen belehren, hier, wo man ein für alle Mal die preußischen Zustände durch gefärbte Gläser anzusehen liebt, deutete man das Verhalten des preußischen Landtags in die Möglichkeit um, wenigstens einen Theil desselben zu Genossen einer kleinstaatlichen Demonstration zu machen oder, wie Herr Streit es ausdrückte, ihn „dem deutschen Gedanken zu gewinnen“.

Nur aus diesem hartnäckigen Glauben läßt sich die gegen die Einsprache der preußischen und anderer Mitglieder des Sechsenddreißigerausschusses beschlossene Einberufung des Abgeordnetentages und der hochfahrende Stil des Einladungsschreibens erklären, welches peremptorisch das Erscheinen erheischte und nicht minder peremptorisch den Geist der Beschlüsse im Voraus feststellte, die einzig und allein gefaßt werden durften. Und diesem hartnäckigen Glauben, welchem alle Erkenntniß davon abgeht, daß der preußische Abgeordnete nicht nur wie jeder andere deutsche Volksvertreter einen Bruchtheil des deutschen Volks, sondern gleichzeitig noch einen Staat vertritt, gönnen wir das Fiasco,

welches seinen Bestrebungen zu Theil geworden ist. Denn daß es ein vollständiges Fiasco war, dieses Kumpssparlament, dessen organische Gliederung zu einem wahrhaft ungeheuerlichen Zerrbild verkehrt war, das neben 6 kurhessischen und 7 preussischen Abgeordneten nicht weniger als 26 württembergische, 37 frankfurter und 79 bayrische Abgeordnete zeigte, ward selbst von denen und vielleicht von ihnen grade am meisten empfunden, welche den Vorgang in Scene gesetzt hatten. Langsam und mühselig schleppte sich die Debatte hin, welche nach dem von allen Seiten gleichmäßig ersehnten Schluß eines unendlich langen historischen Referats von Brater eröffnet worden war. Der Ausschussreferent, Abgeordneter Dr. Böhl, sprach ausführlich und mit Wärme für die vom Ausschuss formulirten Anträge. Wer von vornherein statt einer politischen Würdigung der gegebenen Verhältnisse einen beredten Erguß sittlicher Entrüstung über mancherlei Vorgänge der jüngsten Zeit erwartet hatte, mochte an dem Vortrag nicht viel auszusagen haben. Gewiß beeinträchtigt — darüber sind ja alle Schattirungen der liberalen Partei einig — der gassteiner Vertrag, wie der Berichtsteller ausführte, die Würde des freien Mannes, über den wie über herrenloses Gut verfügt wird, die Würde eines Theils der Nation und damit die Würde der Nation selbst. Aber wie sehr an der Oberfläche haften blieb diese Betrachtung, da sie nirgends auf den wesentlichen Zusammenhang der Dinge einging, nirgends sich dessen bewußt ward, daß die Kränkung der Würde der Nation doch nicht ein Ergebnis des gassteiner Vertrags, sondern dieser letztere eben ein Resultat des unwürdigen Zustandes der Nation ist, nirgends der letzten Ursache dieses Zustandes, der deutschen Kleinstaaterie, und des Zusammenhanges gedachte, in welchem diese zu den preussischen Vergrößerungsbestrebungen steht. Heben wir aus der weiter folgenden Debatte das einzig Bemerkenswerthe und gleichzeitig das einzig Erfreuliche hervor, so war es das gänzliche Scheitern des von dem Württemberger Oesterlen befürworteten und von Trabert (Kurhessen) secundirten Triasgedankens. Der einst in dem „Manuscript aus Süddeutschland“ von Lindner gefeierte „engere Bund, der auf die Kernstämme der Alemannen und Bayern sich stützt“ fand auch in dieser „reindeutschen“ Versammlung keine lauten Bewunderer mehr. Die einzigen genannten Vertheidiger derselben sahen sich durch den Gang der Debatte veranlaßt, die von ihnen gestellten Anträge zurückzuziehen, nachdem Braun (Wiesbaden) die Rheinbundsprojecte mit einem verschwenderischen Sarkasmus überschüttet hatte. Von wahrhaft drastischer Wirkung war des letztgenannten Redners trockne Aufzählung dessen, was die Regierungen der Mittelstaaten während der zwei Monate des Jahres, wo die Bewegung im deutschen Volk am höchsten ging, für die Sache Schleswig-Holsteins geleistet, wie sie sich zu der nationalen Bewegung verhalten hatten — ein reichhaltiges Sündenregister, das auf jedem

Blatt Uebelwollen, Mißtrauen und Ohnmacht enthüllte, und das der Redner mit dem Ausruf schloß: Und von diesen Regierungen sollen wir unser Heil erwarten!

Der Triasgedanke hat von jeher aus innerer logischer Nothwendigkeit die Anlehnung an das Ausland gesucht. Proteste und entrüstete Verneinungen helfen gegen die zwingende Thatsache nichts, daß die innerlich gebrechende Kraft irgendwoher ergänzt werden muß. Auch ist die Zeit noch nicht gar so ferne, wo es offen ausgesprochen werden konnte: die Bahn der deutschen Staatskunst sei vorgezeichnet durch das Verhalten jener Staaten des Südens, welche „aus Liebe zu Deutschland Frankreichs Freunde wurden“. Aber gleichwohl trennt uns von jener kaum ein halbes Jahrhundert hinter uns liegenden Periode eine Kluft, welche der nationale Gedanke in langsamer, aber stetiger Arbeit ausgegraben hat. Die fünfzigjährige Leidensgeschichte einer staatenlosen Zerkahrenheit sondergleichen hat grade wegen der steten Gefahr, welche sie in sich birgt, wenigstens den einen Gedanken zum Allgemeingut gemacht, daß die Unabhängigkeit vom Ausland die erste, allen anderen voranzustellende Bedingung unserer gesammten Entwicklung bleiben muß. Es mochte nicht überflüssig sein, daß der Ausschusßreferent die Stelle der Ausschusßanträge, welche diesen Punkt berührt, mit besonderem Nachdruck hervorhob. Der Süddeutsche findet sich durch den Entwicklungsgang der deutschen Verhältnisse von selbst vor die ihm unbequeme Alternative gestellt: ob Zusammenhalten mit dem trotz aller seiner Sünden Deutschland allein repräsentirenden Großstaat Preußen, ob Anlehnung nach Außen hin. Als echter Idealpolitiker verwirft er allerdings beides. Wie es stets Leute gegeben hat und geben wird, die sich nie in die Lage finden können zwischen A und B zu wählen, sondern die stets dabei bleiben, daß sie in diesem Fall sich für C entscheiden würden, so ist auch bei ihnen die Parole: weder eins noch das andere Vorhandene, sondern ein drittes nicht Vorhandenes.

Ein drittes nicht Vorhandenes — bei Einigen ist es ein Sonderbund der Mittelstaaten, bei Andern eine deutsche Föderativrepublik der Zukunft, wieder bei Andern ein auf unbekanntem Wege hergestelltes geläutertes, gereinigtes und geeinigtes Deutschland, bei den Meisten ist er gar nichts als die Negation des Vorhandenen, ein unbestimmtes Phantasiebild nach der bekannten Formel: Es muß alles anders werden. Aber wie diesem unbekannten Dinge Raum schaffen? Denn Raum, das geben selbst die ausgemachtesten Idealisten zu, hat jedes Ding zu seiner Existenz nöthig. Preußen hat aber nicht allein einen sehr werthvollen Raum bereits occupirt, sondern es hat auch durch seine Vergrößerungsgelüste, die Herr Guerauld dem unbequemen geographischen Kopflissen Preußens zuschreibt, eine Menge Raums gewissermaßen im Voraus moralisch

mit Beschlag belegt. Denn das ist ja eigentlich der Kernpunkt der Sache. Die tatsächlichen Erwerbungen Preußens, die Aneignung Lauenburgs, man weiß nicht ob als Krondomaine oder als was sonst, die parzellenweisen Gebietsankäufe in den Herzogthümern sind wahrlich nicht geeignet, den Gegnern der preussischen Ausdehnung viele Kopfschmerzen zu verursachen. Aber daß auf jedem Fußbreit deutschen Landes ein sich langsam verbreitender preussischer Zukunfts-Schatten ruht, das ist, was das Behagen in den in ihrem Bestand noch ungeschädigten Kleinstaaten verdirbt, was wie ein mene, mene tekkel die Festfreude an gedeckter Tafel stört. Preußen steht überall im Wege, darüber ist das Gros der Particularisten aller Orten sich einig, nur daß nicht jeder von ihnen kühnen Schrittes zu derselben Schlussfolgerung gelangt, wie Herr Ludwig Pfau, welcher in einem eigenen Broschürchen, bescheidenlich als „Beitrag zur Lösung der deutschen Frage“ benannt und unter die Mitglieder des Abgeordnetentages gratis vertheilt, die These aufstellt: *caeterum censeo Borussiam esse delendam*. Es kommt uns natürlich nicht in den Sinn, mit Herrn Pfau zu polemisiren, welcher es die „größte politische That“ nennt, daß „Deutschland seine Kaiserkrone in Stücke brach und jedem kleinen Potentaten einen Zinken davon überließ“, welcher ferner über Preußen urtheilt: „daß es keinen inneren Existenzgrund hat und daß ohne eine Auflösung Preußens in seine Stämme die Bildung eines einigen und freien Deutschlands eine absolute Unmöglichkeit ist.“ Mögen Herr Pfau und seine Freunde, die diese stark gepfefferte Kost dem guten Schwaben im „Beobachter“ zu verdauen geben, sich deshalb vor ihrem politischen Gewissen rechtfertigen, wie sie wollen, uns interessirt es vor allem, daß Herr Pfau uns wohl das Mittel, aber nicht die Zusammensetzung desselben verräth. Wir wissen jetzt, Preußen muß aufgelöst werden, aber einige Klarheit über die Art und Weise, wie dieser interessante chemische Proceß herbeigeführt werden soll, wäre doch jedenfalls wünschenswerth. Die alte österreichische Devise: *avilir la Prusse et puis démolir* enthielt wenigstens eine Diplomatenweisheit, die tief auf den Charakter des preussischen Staates berechnet war, der alles Andere eher zu ertragen vermag als Erniedrigung, aber was Herr Pfau zu diesem Behuf aufstellt, Coalition und Parlament der Mittelstaaten, dies unlösbare Additionsexempel, bei dem Ohnmacht zu Ohnmacht gefügt Macht ergeben soll, das reicht noch lange nicht selbst an jene Diplomaten-taktik heran.

Wir berühren übrigens diese politischen Phantastereien, möglich allein, wo dem ausschweifenden Gedanken die Zucht eines realen Staatslebens fehlt, nur deshalb, weil sie uns einen Wendepunkt anzudeuten scheinen. In der That vollzieht sich in Deutschland überall eine Parteisonderung, die früher oder später eintreten muß, eine Sonderung derer, die zu Preußen quand même zu halten entschlossen sind, von denen, die gegen Preußen unter allen Umständen Front

machen wollen, weil die Auflösung dieses Staates in seine Stämme ihnen die erste Bedingung für die Bildung eines einigen und freien Deutschlands bedeutet. Was heißt dies aber anders als daß beiden Parteien, trotz des diametralen Gegensatzes, das Bewußtsein gemeinsam ist, daß in und an Preußen sich die Wandelung der deutschen Geschichte zu vollziehen hat. Nicht vollwichtig kann von der gegnerischen Seite das Zeugniß von der überragenden Wichtigkeit Preußens für Deutschland abgelegt werden, als indem man seine staatliche Zertrümmerung für die *conditio sine qua non* erklärt. Denn auch darin ist das widerstrebende Zugeständniß gemacht: ohne Preußen können wir nichts — wenn es auch einstweilen noch heißt: ohne Beseitigung Preußens. Die vermessene Kraftüberschätzung, die in diesem Ausspruch liegt, zu widerlegen, und damit eine Ernüchterung vorzubereiten, deren Mangel augenblicklich mehr wie alles Andere die liberale Partei zerklüftet, muß der thatsächlichen Entwicklung der Dinge vorbehalten bleiben. Je größer die Kraftüberspannung ist, welche die süddeutsche Demokratie bei ihrem thörichten Sturmloch gegen das vornehmste staatliche Product der deutschen Geschichte benöthigt, desto unausbleiblicher dürfte schließlich die Erkenntniß kommen, die man auch auf dem Abgeordnetentag aussprechen hören konnte: Preußen in seine Atome zu zerlegen, wäre vielleicht nicht übel, aber der Hammer dazu soll erst noch erfunden werden. Und von da ist am Ende doch nur ein Schritt zu der weiteren Erkenntniß, daß das Preußen, welches man bekämpft, nur von Innen heraus, nicht von Außen, nur durch den Anschluß an dessen staatliches Leben, nicht durch Versuche, das einmal Festgefügte zu zertrümmern, bewältigt werden kann.

Der frankfurter Abgeordnetentag statistisch beleuchtet. Nachdem die verschiedenen Zahlenangaben über die Zusammensetzung des Abgeordnetentages vom 1. Oct. d. J. Gelegenheit gehabt haben, berichtigt zu werden, ist es möglich, eine endgiltige genaue Angabe über die Bethheiligung an der Verhandlung der Zahl nach zu machen. Das vom Abgeordnetentag selbst ausgegebene Verzeichniß wies 271 Nummern auf. Davon war aber die Aufzählung eines kurheffischen Abgeordneten irrthümlich; es vermindert sich also zunächst hierdurch die Zahl auf 270. Sodann weist das Verzeichniß 7 Preußen auf, welche erklärten, sich nicht an den Beschlüssen des Abgeordnetentags theilnehmen zu können; dieser Umstand vermindert die Zahl weiter bis auf 263. Von diesen waren: 37 Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers von Frankfurt a. M., 80 Bayern, 27 Würtemberger, 22 Hessen-Darmstädter, 21 Nassauer (darunter 7 Mitglieder der 1. Kammer) 18 Badener, 15 Holsteiner, 4 Schleswiger,

10 Hannoveraner, 9 aus dem Königreich Sachsen, 5 Kurhessen, 3 Braunschweiger, 2 Weimeraner, 2 Koburg-Gothaer, 2 Meininger, 2 Hamburger, 1 Oestreicher, 1 Altenburger, 1 Lippe-Deitmolder, 1 Lüneburger. Gar nicht vertreten waren laut Verzeichniß: Oldenburg, Anhalt, Luxemburg, Limburg, die beiden Neuß, die beiden Schwarzburg, Waldeck, Schaumburg-Lippe (Bückeburg), Riechtenstein, Mecklenburg Schwerin und Strelitz, Hessen-Homburg, Lauenburg und Bremen. Hierzu kommt nach der Ausschlußerklärung der betreffenden Abgeordneten noch Preußen, das übrigens in der That noch durch einen nicht im Verzeichniß aufgeführten Abgeordneten vertreten war. Die Betheiligung also am Abgeordneten-tag wird in Ziffern durch 263 Abgeordnete bezeichnet. Suchen wir nun eine Berechnung der Landesvertreter von Gesamtdeutschland festzustellen. Bemerken wollen wir von vornherein, daß diese ihre besondere Schwierigkeit hat. Die Mecklenburg, sowie Neuß-Greiz haben noch eine feudale Vertretung, nach deren Grundsätzen nur die Städte Deputirte senden, jeder Rittergutsbesitzer aber sich selbst vertritt. Da Mecklenburg nach W. Raabe, Mecklenburgische Staatskunde, 1861, 688 Rittergutsbesitzer und 45 landtagsfähige Städte hat, so ergibt das eigentlich eine Zahl von 733 Landesvertretern. Da davon aber meist kaum die Hälfte wirklich auf den Landtagen erscheint, so werden wir solche auch nur danach zählen mit c. 360 Landesvertretern.*) Auch Neuß-Greiz schätzen wir auf c. 30 Landesvertreter. Wir lassen nun die Zweite-Kammermitglieder der andern monarchischen Staaten folgen: Preußen 352, Deutsch-Oestreich (nach der sistirten Februarverfassung) 155, Bayern 148, Württemberg 94, Hannover 91, Königreich Sachsen 80, Baden 63, Hessen-Darmstadt 50, Nassau 24, und die Abgeordneten der Einkammerstaaten: Kurhessen 54, Oldenburg 47, Braunschweig 46, Anhalt 36, Weimar 31, Koburg-Gotha 30, Meiningen 24, Altenburg 24, Lippe-Deitmold 21, Schwarzburg-Rudolstadt 15, Schwarzburg-Sondershausen 15, Waldeck 15, Schaumburg-Lippe 15, Riechtenstein 15, Neuß-Schleiz 13. Hessen-Homburg hat noch keine eigentliche Landesvertretung; einestheils vertreten ihre Stelle 34 Mitglieder von zwei Bezirksrärthen und andererseits 8 Mitglieder eines durch die Bezirksrärthe gewählten Landesausschusses für Berathung des Landesbudgets. Die Herzogthümer Schleswig und Holstein zählen nach den Wahlgesetzen von 1831 und 1834 c. 92 Landtagsmitglieder, nach der Verfassung vom 15. Sept. 1848: 100 Abgeordnete. Lauenburg hat 16 Landtagsmitglieder, Luxemburg 31 Abgeordnete und das der holländischen Verwaltung fast ganz einverleibte Limburg 45 Provinzialvertreter. Hierzu kommen endlich die Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers von Frankfurt a. M. 88 und die Mitglieder der Bürgerchaften

*) Die Verfassung von 1849 statuirte nur 60 Abgeordnete.

der Hansestädte von Hamburg 170, Bremen 150 und Lübeck 120. Die Gesamtzahl deutscher Landesvertreter mit Ausschluß der Mitglieder Erster Kammern berechnet sich hiernach auf mindestens (wenn man die niedrigsten Beträge nimmt und Limburg ausschließt) 2524, und wenn man die größtmöglichen Zahlen nimmt und Limburg einschließt auf c. 2960 Köpfe, wie gesagt aber immer noch ohne die Berechnung der Mitgliederzahl Erster Kammern. Es ist dies zwar eine sehr große Zahl, welche das Vertretungsverhältniß wohl aller Länder, selbst der in sehr ausgedehntem Maßstabe vertretenen skandinavischen Länder, Schweden, Norwegen und Dänemark übersteigt, wo auf c. 14.000 Seelen ein Vertreter kommt, und andre Länder weit überflügelt (in der Schweiz kommt auf 20.000 Seelen, in Portugal auf 26.900, in Belgien auf c. 41.000, in Spanien auf c. 44.300, in Großbritannien auf c. 44.500, in Holland auf 45.000, Nordamerikanische Freistaaten auf 48.000, Italien auf 49.000, in Frankreich auf 143.025 Seelen 1 Volksvertreter); allein sie ist durch die eigenthümlichen politischen Verhältnisse Deutschlands gegeben und will einmal berechnet sein.

Man ermesse nun aber hiernach die Bedeutung des Abgeordnetentages von 263 Mitgliedern! Er repräsentierte nur $\frac{263}{2524}$ der Landesvertreter Gesamtdeutschlands bei Annahme der niederen Zahl der letzteren; das giebt ein Verhältniß von nur etwa 10 auf das Hundert. Dabei war ganz Norddeutschland nur mit 57 Vertretern betheiligt, also im Verhältniß zu Gesamtdeutschland nur mit etwas über 2 vom Hundert,*) während Süddeutschland, wenn man darunter Bayern, Württemberg, Baden, Nassau, Hessen-Darmstadt und Frankfurt begreift, im Verhältniß zu seiner Gesamtvertreterzahl $\frac{205}{466}$ nur mit c. 44 vom Hundert, und wenn man die 7 Mitglieder Erster Kammer aus Nassau in Abzug bringt, $\frac{198}{466}$ mit nur 42 vom Hundert vertreten war. Wir unterlassen es, diese Berechnungen des Weiteren fortzusetzen. Das Gegebene reicht hin, um die Proteste der preussischen, kurhessischen und selbst den Absagebrief einer Anzahl bayrischer Abgeordneter gegen die Abhaltung des Abgeordnetentages in das richtige Licht zu stellen. Es unterliegt keinem Zweifel, die willkürlich zusammentretenden Abgeordnetentage haben an und für sich ihren Haken in der Schwierigkeit, das richtige Stimmenverhältniß darzustellen. Der Haken wird aber zu einer förmlichen Achillesferse unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Dies recht deutlich vor Augen zu legen, ist der Zweck vorstehender möglichst genauer statistischen Zusammenstellung.

*) Rechnet man die Betheiligung von lediglich Norddeutschland aus, also Deutschland mit Ausschluß der oben genannten süddeutschen Staaten, Oesterreichs und Liechtensteins, so erhält man das Verhältniß von $57/1888 = 3$ von hundert Abgeordneten.